

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 8

Artikel: Israel : von Arabern gesehen
Autor: Hurni, Ferdinand
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163329>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Israel – von Arabern gesehen

Die Äusserungen, die man von Arabern über Israel zu hören oder zu lesen bekommt, sind sehr vielfältig, ja zum Teil widersprüchlich. Doch kommt in ihnen allen immer wieder eine gemeinsame Grundansicht zum Ausdruck. Diese lautet in der gemässigtsten Form etwa folgendermassen: Es wäre besser, wenn es den jüdischen Staat in Palästina nicht gäbe.

Ein arabischer Extremist wird sich natürlich viel schärferer Worte bedienen. Ein gemässigter Araber aber wird, wenn es über dieses Thema zu einer Diskussion kommt, ähnlich wie der Extremist etwa folgendermassen argumentieren: Palästina war seit mehr als einem Jahrtausend von Arabern oder jedenfalls von arabisch sprechenden Menschen bewohnt; und schon vor der arabischen Eroberung im 7. Jahrhundert waren die Juden dort nur eine Minderheit. Ganz Palästina sei also arabisches Land, wird der Extremist sagen; und ist er stark muslimisch-religiös orientiert, wird er eventuell hinzufügen: islamisches Land. Der Gemässigte wird sich möglicherweise in etwas abgemilderter Form ausdrücken und sagen: Palästina ist – oder wäre – *eigentlich* arabisches Land. Es dürfte aber schwer sein, einen Araber zu finden, der bereit wäre einzuräumen, dass der jüdische Staat in Palästina zu Recht gegründet worden sei. Die Argumente, die von jüdischer oder west-europäischer und amerikanischer Seite zur Begründung oder Rechtfertigung dieser Staatsbildung an diesem bestimmten Ort angeführt wurden und werden, verfangen in der arabischen Welt nicht – unter anderm weil sich das historische Bewusstsein der Araber von dem unsern stark unterscheidet. Es ist eine Illusion, zu erwarten, «die» Araber würden sich in absehbarer Zeit davon überzeugen lassen, dass die Verheissung an Abraham oder die fernere jüdische Vergangenheit im Jordanland oder die Leiden des land- und staatslosen jüdischen Volkes in der Diaspora – namentlich zur Zeit der Nazi-herrschaft – einen Rechtsanspruch dieses Volkes auf Palästina oder einen Teil davon begründen. Was letzteres betrifft, sagen sie, ein europäisches Problem sei «auf dem Rücken der Araber gelöst worden».

Der Hauptvorwurf

Der arabische Grund- und Hauptvorwurf gegen Israel bezieht sich also nicht auf das Verhalten dieses Staates oder seiner Bürger, sondern darauf, dass es ihn gibt, dass er in Palästina gegründet wurde, das heisst auf arabischem

Boden, gegen den Willen der rechtmässigen Eigentümer dieses Bodens. Der Grundvorwurf bezieht sich ferner darauf, dass der grössere Teil der vor dieser Staatsgründung dort ansässig gewesen arabischen Bevölkerung die angestammten Heimstätten verlassen musste oder sie jedenfalls im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzungen der Jahre 1947/48 verlassen hat und dann ausgesperrt blieb. Über die – in Wirklichkeit sehr mannigfachen und komplexen – Anlässe oder Veranlassungen zu jener Flucht (der dann 1967 eine weitere, allerdings geringeren Ausmasses, aus Cisjordanien, dem Golan und dem Gazastreifen folgte) gab es von Anfang an eine Kontroverse; diese geht immer noch weiter. Näher an den Kern des Problems dürfte aber die Frage rühren, ob Israel sich als *jüdischer* Staat überhaupt hätte weiter entwickeln können, wenn alle Palästinenser geblieben wären und man ihnen allen volle politische Gleichberechtigung zugestanden hätte: Im Moment des Teilungsbeschlusses der Uno-Generalversammlung von 1947 lebten in dem Israel zugeschlagenen Territorium ungefähr gleich viele Araber wie Juden; in dem Israel infolge des Ausgangs des ersten Krieges zugefallenen erweiterten Staatsgebiet waren vorher die Araber eindeutig in der Mehrheit. Wie auch immer der jüdische Anspruch auf Palästina oder einen Teil davon fundiert sein mag: das arabische Argument, der jüdische Staat habe nur aufgrund eines Arabern angetanen «Unrechts» zustande kommen können, ist kaum widerlegbar. Immerhin muss erwähnt werden, dass in der Zeit zwischen 1949 und 1967 von israelischer Seite verschiedentlich die Rückkehr wenigstens eines Teils der Flüchtlinge zur Debatte stand; Israel konnte sich nicht, oder jedenfalls nicht bedingungslos, zu einer Anerkennung des Rechts auf Rückkehr aller Flüchtlinge bereiterklären, hat jedoch finanzielle Entschädigung angeboten. Die arabische Seite hingegen liess sich auf diese Vorschläge nicht ein; sie versteifte sich auf eine Position des «Alles oder nichts» und verlangte die vollständige Behebung des den Palästinensern angetanen Unrechts. Wie aber sähe denn eigentlich in arabischen Augen die vollständige Behebung des Unrechts aus? Wäre es in ihren Augen behoben, wenn die Flüchtlinge zurückkehren könnten – nämlich in den jüdischen Staat, unter israelische Flagge? Offenbar nicht: Als Unrecht erscheint ja in der arabischen Welt nicht nur die Vertreibung der Palästinenser, sondern überhaupt die Einpflanzung eines «fremden» Staatsgebildes, ja, schon die jüdische Einwanderung der zwanziger und dreissiger Jahre, gegen welche die Araber beziehungsweise die Palästinenser, da sie damals unter Fremdherrschaft standen, keine wirksame Anti-Überfremdungspolitik treiben konnten.

Auf den Themenkomplex der damaligen arabischen Landverkäufe an Juden und die diversen Schwenkungen der britischen Politik seit der Balfour-Deklaration von 1917 soll hier nicht eingegangen werden. Doch ist

zu bedenken, dass zu dem arabischen Kernvorwurf gegen Israel die für die Entstehung des jüdischen Staates mitentscheidende Hilfe «imperialistischer» Mächte gehört – sowie auch die Sonderbeziehung, die Israel nach wie vor zu den Vereinigten Staaten hat: Dass Israel ein Überbleibsel des Kolonialismus sei, ein Vorposten des «Neokolonialismus» oder (westlichen) «Imperialismus», hört man auch heute noch immer wieder, und zwar nicht nur von ausgesprochen linksgerichteten Arabern. Dass seinerzeit auch die Sowjetunion für die Schaffung des jüdischen Staates eintrat, scheint hingegen bei vielen in Vergessenheit geraten zu sein und wird auch in denjenigen Staaten, die sich seit einigen Jahren von Moskau ab- und mehr oder weniger Washington zugewandt haben, kaum je laut in Erinnerung gerufen. Allerdings regen Misserfolge auf dem internationalen diplomatischen Parkett oder Schlappen auf dem Schlachtfeld, die man Eingriffen oder mangelnder Unterstützung von aussen zuzuschreiben geneigt ist, manche Leute zu Spekulationen über ein Zusammenspiel zwischen Washington und Moskau oder überhaupt der Industriestaaten zur Beherrschung der nahöstlichen Region an; die Theorie von einer amerikanisch-sowjetischen «Verschwörung» ist gelegentlich in Ägypten offiziell vorgetragen worden, wo heute umgekehrt die amerikanisch-sowjetische gemeinsame Note begrüsst worden ist.

Befürchtungen

Der arabische Kernvorwurf gegen Israel bezieht sich auf dessen *Existenz*, und zwar in dreierlei Hinsicht. Erstens, so lautet er, sei der arabischen Gesamtnation mit der Gründung dieses Staates auf arabischem Boden ein Unrecht angetan worden, und Israel sei wie ein Keil in der Mitte der arabischen Welt, die eigentlich eine Einheit bilden sollte. Zweitens sei insbesondere den Palästinensern ein Unrecht angetan worden. Drittens stossen sich die Araber an den Sonderbeziehungen, die der jüdische Staat in bestimmten Richtungen mit der äusseren Welt hat. Dies letztere betrifft nicht nur sein Verhältnis zur westlichen Vormacht, sondern namentlich auch seinen engen Zusammenhang mit dem Weltjudentum. Damit verknüpft sind arabische Befürchtungen: Das Recht aller Juden auf Niederlassung und Einbürgerung in Israel gibt Anlass zur Behauptung, dieser Staat müsse seiner Natur nach expansionistisch sein. Zur Stützung dieser Ansicht wird oft das Alte Testament zitiert («... vom Strom Ägyptens an den grossen Strom, den Strom Euphrat»). Dass der Prophet Mohammed den biblischen Bericht über die Landverheissung da und dort in den Koran übernommen hat, ist für die Einstellung der Araber zum Staat Israel kaum von Bedeutung; sie interpretieren diese Stellen ihres heiligen Buches natürlich nicht zugunsten der

Juden. Die unter der Regierung Begin noch intensivierte jüdische Besiedlung der 1967 besetzten Gebiete bestärkt sie selbstverständlich in der Überzeugung vom «expansionistischen» Charakter Israels und trägt erklecklich zum Weiterbestehen ihrer antiisraelischen Grundstimmung bei. Dazu kommen Vorstellungen von einem angeblich beherrschenden Einfluss der Juden in der westlichen, namentlich amerikanischen, Wirtschaft und Presse. Dies, verbunden damit, dass Israel in arabischen Augen als ein durchaus abendländisches Gebilde erscheint, und damit, dass die Israeli ja wirklich auf der Höhe westlicher Wissenschaft und Technik stehen, erweckt Angst, man könnte wirtschaftlich und auch sonst von diesem Volk an die Wand gedrückt werden. Diese Angst ist von der Propaganda gewisser arabischer Regierungen bewusst gefördert worden. Was ihren Zusammenhang mit den Vorstellungen vom Einfluss der Juden in aller Welt betrifft, ist zu vermerken, dass die berüchtigten, längst eindeutig als Fälschung entlarvten «Protokolle der Weisen von Zion» in arabischer Übersetzung verbreitet sind. An sonst intelligenten Arabern, die felsenfest davon überzeugt sind, «die Juden» strebten nach der Weltherrschaft, fehlt es nicht. (An solchen Leuten fehlt es, nebenbei bemerkt, auch in Europa noch nicht.)

Khazaren und Philister

Dies gehört ohne Zweifel in den Zusammenhang des Phänomenkomplexes «Antisemitismus». Es ist nun aber, besonders in Reaktion auf die unsinnige «Zionismus gleich Rassismus»-Resolution der Uno-Generalversammlung vom Dezember 1975, da und dort Mode geworden, Antizionismus schlechthin mit Antisemitismus gleichzusetzen. Das mag propagandistisch ebenso wirksam sein wie die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus – in der Niederung politischer Auseinandersetzung, in der jeder des andern «Faschist» ist. Zur Erklärung der arabischen Einstellung gegenüber Israel und zur nötigen gegenseitigen Verständigung trägt es aber natürlich gar nichts bei, sondern verbaut allenfalls die Sicht auf die tatsächlichen Verhältnisse und Motive. Das oft zu hörende Gegenargument, die Araber seien ja selber Semiten und könnten daher gar nicht Antisemiten sein, ist zwar ziemlich einfältig, deutet aber wenigstens darauf hin, dass der arabische Antizionismus im wesentlichen *nicht* das ist, an was man zuerst denkt, wenn man das Wort «Antisemitismus» hört: nämlich nicht Rassismus im Sinne der nationalsozialistischen Blut- und Boden-Doktrin oder einer Tabuisierung, eines «Unberührbar»-Machens alles Jüdischen. Man denke an Präsident Sadats Umarmungen mit Henry Kissinger.

Zur weiteren Illustration kann etwa folgender Passus aus einer in ge-

lockerer Atmosphäre geführten Unterhaltung im Aussenministerium eines der arabischen «Frontstaaten» dienen: Auf die Frage, ob er nicht auch finde, dass Resolutionen, die Zionismus als eine Form des Rassismus bezeichnen, eher kontraproduktiv wirken, reagiert der höhere Beamte mit der Gegenfrage: «Kennen Sie das Buch von Arthur Koestler über die Khazaren?» Und dann erklärt er schlicht, die Palästinenser hätten vermutlich viel mehr jüdisches Blut als alle aus Europa gekommenen Israeli zusammen. Von den Khazaren, dem kaukasischen Volk, das sich im Mittelalter zum Judentum bekehrte und von dem die osteuropäischen Juden angeblich abstammen sollen, war übrigens in der arabischen Propagandaliteratur schon lange Jahre vor dem Erscheinen von Koestlers Buch die Rede: Man gewinnt daraus auf der arabischen Seite ein zusätzliches Argument für die Hauptthese, dass Israel ein Staat von Landesfremden sei, wobei man auch betont, die Palästinenser stammten mindestens teilweise von den Philistern (von denen sie ihren Namen haben) und andern im Alten Testament vorkommenden Völkern ab, seien also schon vor der biblischen israelitischen Landnahme dort gewesen ...

Nationale Frage

Ohne Zweifel bekommt die ablehnende Haltung der Araber gegenüber Israel in gewissen Fällen zusätzlichen Impetus aus dem Misstrauen und den Verdächtigungen, denen die sich abgeschlossen haltenden beziehungsweise in Abgeschlossenheit gehaltenen jüdischen (wie übrigens auch andere) Minderheiten in den arabischen Ländern (wie auch sonstwo) ausgesetzt waren beziehungsweise immer noch ausgesetzt sind und die auch dort von Zeit zu Zeit zu Verfolgungen führten. Antizionismus *kann* eine «antisemitische» Komponente haben (und diese kann sich schon daraus ergeben, dass man auf die Angehörigen der Minderheit «herabsieht»; es fehlt aber nicht an Israeli, die auf die Araber hinuntersehen – so wie manche Schweizer auf die Italiener herabsehen usw.). Dazu kommt, dass von gewissen orthodox-muslimischen Wortführern nach wie vor die traditionelle These vertreten wird, islamisches Herrschaftsgebiet dürfe niemals aufgegeben werden. All das erschwert einen arabisch-israelischen Ausgleich zusätzlich. Doch mindestens für die Politik der meisten republikanischen arabischen Regierungen wie für die antizionistische Haltung aufgeklärterer arabischer Kreise ist offenbar – abgesehen vom besonderen Problem Altjerusalem – nicht dies, also auch nicht das Religiöse als solches, massgeblich; was hier vor allem wirkt, sind nationale Ansprüche. Nebenbei sei bemerkt, dass sich moderner arabischer Nationalismus, wenigstens im Osten, ursprünglich ge-

gen ein islamisches Imperium, das türkische, entzündete und dass arabische Christen an der Entstehung arabisch-nationalistischer Doktrinen stark beteiligt waren. Araber christlicher Herkunft spielen auch heute noch eine Rolle in ausgesprochen nationalistischen Bewegungen: so etwa der aus Syrien nach dem Irak emigrierte Mitgründer und erste Ideologe der Baath-Partei, Michel Aflaq; aus einer christlichen Familie stammt auch der Chef der extremistischen «Volksfront für die Befreiung Palästinas», George Habash. Es ist zu vermuten, dass der arabische Widerstand gegen einen nach arabischer Ansicht fremden Staat in dieser Region ebenso heftig wäre, wenn es sich um einen nicht-jüdischen Staat handelte.

Rosig gefärbte Vergangenheit

Araber geben sich – das kommt in Gesprächen und in Publikationen immer wieder zum Ausdruck – oft davon überzeugt, dass sie durch alle Jahrhunderte hindurch mit den Juden immer gut ausgekommen seien und dass dieses gute Verhältnis erst durch die Gründung Israels gestört worden sei. Dass sich im Zusammenhang mit den Bestrebungen des Zionismus und mit der jüdischen Staatsgründung die Einstellung der Araber zu den Juden (als potentiellen Bürgern eines «feindlichen» Staates) im negativen Sinne geändert oder verschärft hat, liegt auf der Hand. Man neigt aber auf der arabischen Seite in diesem Zusammenhang dazu, die ganze muslimisch-jüdische Vergangenheit zu beschönigen – wobei man immerhin mit Recht darauf hinweisen könnte, dass diese Vergangenheit im «Mittelalter», das in der arabischen Welt bedeutend länger als in Europa andauerte (und da und dort in gewissen Hinsichten weiter andauert), im allgemeinen nicht ärger oder eher besser war als die christlich-jüdische, von den Verbrechen am Judentum in der jüngsten europäischen Vergangenheit ganz zu schweigen. So kann das Argument, die Araber hätten mit der Einräumung eines Staatsgebietes an die Juden dafür zu «bezahlen», dass unter muslimischer Herrschaft die Andersgläubigen nur Bürger niedrigeren Grades waren, bei den Arabern nicht verfangen. Übrigens haben beispielsweise in der Schweiz die Juden erst vor etwas mehr als hundert Jahren, also sehr spät in der «Neuzeit», die volle bürgerliche Gleichberechtigung erhalten.

Wenig oder ebenfalls gar kein Verständnis findet bei Arabern auch die Argumentation, mit der Aufnahme und Integration Hunderttausender von Juden aus arabischen Ländern in Israel sei die Flüchtlings-«Bilanz» ausgeglichen, und es läge jetzt an den arabischen Staaten, die Palästinenser zu integrieren. In ihrer die Vergangenheit rosig färbenden Sicht ist ja eine arabisch-jüdische Problematik nur oder hauptsächlich wegen des Zionismus ent-

standen, und gäbe es diesen nicht, hätten die Juden, so wird gesagt, die arabischen Länder nicht verlassen müssen. Die Regierungen mehrerer arabischer Staaten haben «ihre» Juden zur Rückkehr aufgefordert. Mögen diese Appelle ehrlich gemeint sein oder nicht – sie haben aus naheliegenden Gründen (abgesehen von Einzelfällen, namentlich in Marokko) keine Rückwanderungsbewegung zur Folge; sie erlauben aber jedenfalls der Propaganda den Hinweis, die arabischen Länder stünden ihren ausgewanderten oder geflohenen früheren Bürgern offen, im Gegensatz zu Israel, das sich den Palästinensern verschliesse. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass die Lage der jüdischen Gemeinschaften und deren Behandlung seitens der Behörden in den einzelnen arabischen Staaten sehr unterschiedlich ist, und dass die Gründe und Motive der Flucht komplex sind.

Auf die rosige Ansicht von der arabisch-jüdischen Vergangenheit – in der es tatsächlich nicht nur finstere Zeiten gab – und von der muslimischen Toleranz stützt sich recht weitgehend auch die von PLO-Führern hochgehaltene Idee eines laizistischen Staates der Muslim, Juden und Christen in Palästina. Bei manchen Arabern verbinden sich damit ferner Vorstellungen vom Verhältnis zwischen Aschkenasim und Sephardim in Israel, in denen gewisse Schwierigkeiten masslos übertrieben erscheinen. So heisst es etwa, die aus arabischen Ländern stammenden Juden fühlten sich in Israel als einem nicht-orientalischen Staat fremd und unglücklich; sie würden von den «europäischen» Israeli unterdrückt und am Aufstieg in höhere Berufs- und Gesellschaftsklassen sowie in höhere Funktionen in Staat und Verwaltung systematisch gehindert. Gelegentlich hört man sogar die Behauptung, die Israel beherrschenden «Zionisten» verhielten sich nicht nur gegenüber den Palästinensern, sondern ebenso sehr gegenüber den nicht aus dem Abendland gekommenen Juden (also gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung Israels) «rassistisch».

Gegen den «Zionismus»

Von arabischer Seite wird immer wieder betont, der Kampf gehe nicht gegen die Juden, sondern gegen den «Zionismus», und auch der Vorwurf des Rassismus richte sich nicht gegen die Juden, sondern gegen die «Zionisten». Dieser Vorwurf wird damit begründet, dass die Israeli ihren Staat ausdrücklich als jüdisch bezeichnen, sowie mit wirklichen oder angeblichen Benachteiligungen der arabischen Minderheit und mit der israelischen Nichtanerkennung des Rechts auf Rückkehr der Palästinaflüchtlinge bei gleichzeitiger Offenheit Israels für die Juden aus aller Welt. Angekreidet wird dem jüdischen Staat auch, dass er nicht ohne Anwendung von Gewalt entstanden

ist und sich nicht ohne Anwendung militärischer und polizeilicher Mittel weiter erhält. Araber sprechen in diesem Zusammenhang oft ganz allgemein von Terror. Dass israelische Gewaltanwendung gegen die Araber von jeher Reaktion auf arabische Angriffe oder arabisch-palästinensischen Terror war, verschweigen sie und sind ständig geneigt, den palästinensischen Terror zu rechtfertigen oder, sofern sie ihn in gewissen Fällen aus pragmatischen oder auch moralischen Gründen doch verurteilen, Verständnis dafür zu erwecken. Ihnen erscheinen alle kriegerischen Handlungen gegen Israel als Verteidigungs- oder Befreiungsaktionen, da sich ja in ihrer Sicht der jüdische Staat von aussen in ihre eigene, arabische Welt hineingesetzt hat oder hineingesetzt wurde. So etwas wie ein schlechtes Gewissen gegenüber den Juden gibt es bei den Arabern nicht; sie fühlen sich allzu sehr im Recht. (Übrigens verzeichnet die Geschichte der Entstehung Israels und seiner Verteidigung auch jüdische Terrorakte, nicht nur gegen Araber, sondern namentlich auch gegen Engländer.)

«Atheismus» und «Konfessionalismus»

Solange in Jerusalem die Arbeiterpartei an der Macht war, stiess man bei Arabern auffallend oft auf die Ansicht, alle massgebenden Israeli seien «Atheisten», und religiöse Motive seien schon für die Gründung ihres Staates nicht ausschlaggebend gewesen. Was für andere dann aber sonst als eben «rassistische»? Mit einer ähnlichen, gleichermassen abwegigen Beweisführung liesse sich eigentlich jeder laizistische Staat, der für Fremde nicht absolut offen ist, sowie gerade auch der nationale Kampf der Araber als rassistisch bezeichnen. Denn von massgeblicher Seite gerade in Israels Nachbarstaaten wird ja immer wieder betont, dass dieser Kampf sich nicht nur nicht gegen eine Religion richte, sondern auch nicht religiös motiviert sei. (Gewisse andere Regierungen rufen allerdings gelegentlich zum «heiligen Krieg» gegen Israel auf.) Es dürfe im Nahen Osten überhaupt keine Religions- oder Konfessionsstaaten geben, heisst es, namentlich in Syrien (wo das Asad-Regime tatsächlich, gegen den Widerstand sunnitischer Kreise, eine möglichst weitgehende Laifizierung anstrebt), sehr oft; anvisiert ist dabei von den Damaszener Sprechern Libanon. Aber solche Erklärungen haben immer auch eine Spitze gegen Israel, dem von Arabern, je nach Gelegenheit, sowohl «Atheismus» als auch «Konfessionalismus» zum Vorwurf gemacht wird.

Die Behauptung, Israel sei eigentlich atheistisch, dient denen, die sie vorbringen, namentlich dazu, diesem Staat das Recht der Berufung auf die Bibel oder überhaupt auf die fernere jüdische Vergangenheit abzuspre-

chen. Es gibt aber natürlich breite arabische Kreise, denen «Atheismus» als solcher ein Greuel ist und die die angeblich gottlosen Israeli und deren modernen Staat zum Teil mit derselben Begründung verdammen wie etwa die Kommunisten; man kann denn auch hin und wieder die Behauptung hören, Israel sei überhaupt ein Werk des «Kommunismus». In diesem und anderen Zusammenhängen wäre die Frage aufzuwerfen, ob und wie eine seit einiger Zeit fast überall in der arabischen Welt bemerkbare, unter anderen seitens Saudi Arabiens geförderte oder mit finanziellem Nachdruck geforderte Tendenz zur Wahrung der islamischen Tradition, zur Wiedereinführung der religiösen Gesetzgebung usw. sich auf das aussenpolitische Verhalten der arabischen Staaten auswirken werde. Bei dem zugleich auf Erhaltung bestehender Strukturen bedachten saudischen Regime geht das Eintreten für die Religion mindestens im gegenwärtigen Moment weitgehend parallel mit einer Gutheissung und Unterstützung der amerikanischen Friedensbemühungen im Nahen Osten. Den libyschen Präsidenten Qadhafi hingegen hindert sein muslimischer Fundamentalismus nicht an der taktischen Hinwendung zur Sowjetunion. Weitherum sehen arabische Nationalisten, auch wenn sie nicht sonderlich religiös sind, im Islamischen eine wesentliche Komponente der arabischen «Persönlichkeit».

«Imperialismus»

In eine ähnliche Richtung wie die Behauptung, die «areligiösen» Israeli könnten sich nicht auf die jüdische Vergangenheit berufen, weist teilweise die folgende, allerdings viel weiter gehende Theorie, die dem Verfasser dieses Aufsatzes ein palästinensischer Akademiker, der ein Israel-Forschungsinstitut leitet, vorgetragen hat. Seine Kernthese lautet, der Zionismus sei gar nicht eine jüdische Bewegung oder «Ideologie», sondern nichts anderes als ein Werk des britischen und amerikanischen Imperialismus. Zuerst hätten die Engländer damit die Suezroute zu sichern gesucht. Besonders seit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg setzten die Amerikaner den Zionismus, der in jeder Hinsicht ein grosser Betrug sei, ein zur Sicherung der Erdölversorgung des Westens, zur Verhinderung der arabischen Einheit sowie, indem sie die Araber mittels Israels zu ständiger Kriegsbereitschaft zwängen, zur Verhinderung der Industrialisierung und überhaupt der wirtschaftlichen Entwicklung der Region, damit dem Westen der Markt nicht verloren gehe und ihm keine Konkurrenz entstehe. Das Hauptproblem bei diesem imperialistischen Unternehmen sei von Anfang an die Beschaffung einer Bevölkerung gewesen, und dieses Problem bestehe bis zum heutigen Tag weiter. Westliche Staaten hätten schon in den zwanziger Jahren und

dann namentlich während der Nazizeit Einwanderungsbeschränkungen verfügt, um so die Juden zu zwingen, sich nach Palästina zu begeben. Es sei dabei auch zu einem Zusammenwirken von Zionisten mit den Nazis gekommen. Die vor der Staatsgründung nach Palästina eingewanderten Juden seien im übrigen zu einem sehr grossen Teil Jugendliche gewesen, die man leicht habe verführen können. Nach der Staatsgründung habe man das Problem durch die Herbeilockung oder Herbeiführung arabischer Juden zu lösen gesucht, sei aber immer mehr auf arabisch-palästinensische Arbeitskräfte angewiesen. Dies sei der Hauptgrund dafür, dass Israel die 1967 besetzten Gebiete nicht aufgeben wolle: es brauche die Palästinenser, besonders da sich seit einiger Zeit eine starke Tendenz der Abwanderung von Juden aus Israel zeige; die zionistische Berufung auf die strategische Sicherheit sei nur ein Vorwand. Im übrigen könne Israel, da von Natur ein sehr armes Land, ohne ständige massive Finanzhilfe von aussen nicht lebensfähig sein. Nicht nur die Araber, sondern ebenso sehr auch die Juden seien Opfer des Zionismus!

Auf solche Zerrbilder stösst man aber in der arabischen Welt immer seltener. Sie beruhen sicher zu einem guten Teil nicht nur auf Unkenntnis. Jahrzehntelange Propaganda, die mindestens gelegentlich auch zur Ablenkung arabischer Völker von Unzulänglichkeiten ihrer Regierungen und von Missständen getrieben wurde, hat das Ihre zur Verschärfung der Israelfeindschaft beigetragen. Es wäre aber allzu kurzschlüssig, die ablehnende Haltung der Araber gegenüber Israel allein auf Propaganda zurückzuführen. Dass gerade *diese* Propaganda getrieben wurde und dass sie verfangen konnte, muss doch wohl ebenfalls seinen Grund haben. Er lässt sich etwa folgendermassen umschreiben: Den Arabern im allgemeinen, das heisst nicht nur einigen Politikern und Intellektuellen, musste, sobald sie sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen begannen, das, was in Palästina vor sich ging, als eine *Zumutung* erscheinen – als eine überraschende, fast unbegreifliche Zumutung. Denn wer in der arabischen Welt hätte vorher daran gedacht, dass es Ansprüche eines anderen Volkes auf ein Territorium in dieser Region gebe? Die mehr oder weniger hässlichen Verbrämungen und Entstellungen der israelischen Wirklichkeit sind ohne Zweifel zu einem guten Teil auch Ausdruck der Schwierigkeit, die den Arabern die Verarbeitung dieser Zumutung und dieser Wirklichkeit bereitet.

Die Konzession

Man würde sich Illusionen hingeben, wenn man meinte, das arabische Empfinden jener Zumutung gehe nicht sehr tief. Eher ist anzunehmen, es

sei so stark, dass bei Erfüllung aller gegenwärtig von den Nachbarstaaten Israels offiziell erhobenen Forderungen ein Rest bliebe, das heisst, dass eine diesen Forderungen entsprechende Lösung des Nahostproblems in arabischen Augen mindestens zunächst doch nur sozusagen die zweitbeste Lösung wäre. Die jetzigen arabischen Forderungen beziehen sich ja nicht oder nicht mehr auf die Existenz, sondern eigentlich nur noch auf das *Verhalten* Israels: auf das Festhalten Israels an den besetzten Gebieten und auf die Verweigerung von Zugeständnissen an die Palästinenser. Der arabische Kernvorwurf aber bezieht sich auf die Existenz des jüdischen Staates in Palästina.

Gerade weil jenes Empfinden so tief geht, hat man sich aber auch zu fragen, ob die immer deutlicheren Erklärungen arabischer Regierungen, sie würden im Fall der Rückgabe der besetzten Gebiete und einer Wiederherstellung der «Rechte des palästinensischen Volkes» Israel anerkennen, als blosser Worte abgetan werden können. Die arabischen Führer haben lange genug gebraucht, um sich zu diesen Worten durchzuringen und es dann zu wagen, sie öffentlich auszusprechen. Dass sie bezüglich ihrer Friedensabsichten für den inneren Gebrauch (auf arabisch) oft anders sprachen als nach aussen (auf englisch oder französisch), zeigt eigentlich vor allem nur, wie gross das Wagnis war. Andererseits stösst man bei Gesprächen mit Arabern seit Jahren immer mehr auf durchaus realistische Ansichten über Israel, auf Überdruß an der Vergeblichkeit des ewigen Streits, dessentwegen dringliche Aufgaben vernachlässigt werden, auf die Einsicht, dass ein Ausgleich und Konzessionen notwendig sind.

Die *Anerkennung* Israels, des Existenzrechts dieses Staates, bedeutet in arabischen Augen den *Verzicht* auf ein eigenes Recht, das ihnen immer als selbstverständlich und unbestreitbar erschienen ist. Dieser Verzicht ist (oder wäre) für sie *die* grosse Konzession. Und dieser Verzicht kann jetzt von den arabischen Führern in Aussicht gestellt werden, ohne dass sie allein schon deswegen in Gefahr geraten, gestürzt zu werden. Eine Entwicklung hat sich also vollzogen. Und so ist wohl die Ankündigung der Anerkennung doch eher als eine bedeutsame Bewegung auf dem friedlichen Pfad zu werten.

Freilich erfolgt diese Bewegung hauptsächlich aufgrund pragmatischer Überlegungen: angesichts einer Realität Israel, gegen welche die Araber lange Zeit vergeblich mit unfriedlichen Mitteln anzugehen versucht haben, was meistens in mancherlei Hinsicht zu ihrem Nachteil ausschlug. Die arabischen Regierungen können im Grunde als Gegenleistung für die Rückgabe der besetzten Gebiete kaum mehr als Versprechungen anbieten. Dass diese, wenn Israel einmal sein durch die besetzten Gebiete gegebenes Sicherheitsglacis geräumt hat, eingehalten werden, lässt sich nicht beweisen,

sondern könnte sich letztlich nur nach dem israelischen Rückzug erweisen. In Anbetracht der Umstände, unter denen der jüdische Staat entstanden ist, der arabischen Reaktionen darauf sowie der sozusagen naturgegebenen Zähigkeit negativer arabischer Gefühle gegenüber diesem Staat, ist das israelische Misstrauen durchaus begründet. Dem entsprechend haben sich eigentlich alle Bemühungen um einen Nahostfrieden seit 1967 in erster Linie um die Grenzen Israels, um jenes Glacis, gedreht, und um dies geht es auch bei der Frage des Palästinenserstaates, der ja auf gegenwärtig israelisch besetztem Gebiet entstehen soll.

Was die Grenzen betrifft, gibt es bis jetzt keinerlei Anzeichen dafür, dass sich die Verhandlungsposition der Regierungen von Kairo oder Damaskus aufweichen liesse: diese zeigen sich allenfalls zu geringfügigen Korrekturen der Linien von 1948/49 bereits. Hingegen lassen sie seit langem erkennen, dass sie sich zu allen möglichen Zugeständnissen hinsichtlich entmilitarisierter Zonen, Stationierung internationaler oder amerikanischer Schutztruppen und Garantien herbeilassen und eventuell sogar das Konzept eines stufenweisen israelischen Rückzugs mit langen Zwischenphasen gutheissen könnten. Auch ihre Haltung zur Palästinenserfrage ist offenbar keineswegs starr.

Während die arabische Seite hart – und anscheinend nur in diesem Punkt hart – die Anerkennung des Prinzips der Nicht-Annexion durch Israel fordert, führt die Regierung Begin in den besetzten Gebieten eine Besiedlungspolitik weiter, die auf Schaffung von *Faits accomplis*, auf eine Verfestigung der vorgeschobenen Positionen ausgeht und sich, soweit sie sicherheitsstrategisch begründet wird, von derjenigen Golda Meïrs oder Rabins eigentlich nur dem Grade der Intensität nach unterscheidet, aber eindeutig auch «national» und religiös motiviert ist: Nach dem Likud-Wahlerfolg hat zum erstenmal eine israelische Regierung offiziell den Anspruch auf ganz «Eretz Israel» erhoben, der von der Führung der Mehrheit der zionistischen Bewegung schon lange vor der Staatsgründung aufgegeben worden war. Die Nachbarregierungen reagierten darauf relativ milde: offenbar weil sie die Tür zu Verhandlungen auf keinen Fall zuschlagen wollten, und möglicherweise auch, weil sie das Sicherheitsproblem im grösseren internationalen Zusammenhang als die härtere Nuss erkennen: denn sofern sie «national» motiviert ist, stösst die israelische Expansion in den USA im Gegensatz zum israelischen Sicherheitsbedürfnis auf wenig Verständnis. Inzwischen haben Ministerpräsident Begin und Aussenminister Dayan nach amerikanischen Protesten gegen die Gründung neuer Siedlungen abmildernde Erklärungen über ihre Ziele in den besetzten Gebieten abgegeben, zugleich aber das «Recht der Juden auf Ansiedlung überall im biblischen Israel» betont.

Im September hat Begin vor jüdischen Siedlern im Westjordanland unter anderm gesagt (es klingt wie der Versuch einer Antwort auf die nahe-
liegende Frage, wie sich denn eigentlich territoriale Ausdehnung mit den
Beteuerungen des Friedenswillens vertrage): «Unsere Zukunftsvision ist die
friedliche Koexistenz einer jüdischen Mehrheit mit einer arabischen Minder-
heit im jüdischen Staat.» Die äusserliche Ähnlichkeit dieses Ausspruchs
mit der schon vor einigen Jahren in der PLO aufgebrachten Formel vom
«Friedlichen Zusammenleben der Muslime, Juden und Christen im palä-
stinensischen Staat» ist frappant. Berühren sich da Extreme? Wohl kaum.
Man könnte immerhin darüber spekulieren, ob sich in solchen und ähn-
lichen Äusserungen israelischer Regierungsmitglieder (etwa auch über eine
Verwaltungsautonomie der Palästinenser oder eine israelisch-palästinens-
ische Föderation) nicht ein Ausbruch aus nationalstaatlichem Denken an-
deute. Es ist aber fraglich, ob sich die Araber für einen Staat in ganz Pa-
lästina erwärmen können, der «jüdisch» heissen soll, mag er seinen arabi-
schen Bewohnern noch so viele Rechte einräumen. Im übrigen müsste in
diesem Staat, sollte die jüdische Bevölkerungsmehrheit gewahrt werden,
die beträchtlich höhere arabische Geburtenrate durch massive Einwande-
rung von Juden (Begin hat von einer solchen gesprochen) wettgemacht
werden. Mit der offiziellen Öffnung Palästinas für jüdische Einwanderung
aufgrund der Balfour-Deklaration aber hat seinerzeit der Konflikt be-
gonnen ... Es sieht so aus, als hätte die Verwirklichung des Ideals vom
Zusammenleben der Juden und aller palästinensischen Araber im selben
Staat zur Voraussetzung, dass der Verzicht auf die Idee, unter der Israel als
Staat angetreten ist, ins Auge gefasst wird. Sofern die Zeit dafür nicht reif
ist – und die in der palästinensischen Formel enthaltene Aufforderung zu
diesem Verzicht in Israel, nicht nur weil sie von der PLO kommt, auf
sozusagen einhellige Entrüstung und strikte Ablehnung stösst –, dürften eher
präzis gezogene Grenzen einem arabisch-jüdischen Zusammenleben förder-
lich sein. Je weiter aber die Grenzen Israels gezogen sind, je grösser dieser
Staat ist, desto weniger akzeptabel ist er für die Araber.